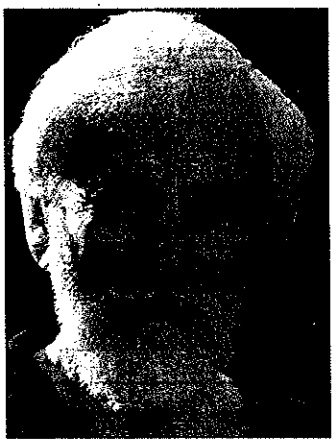
NOZ, 28.5.98

Frieden mit und ohne Militär

Peace Congress ab Freitag in der Stadthalle: Eintritt frei

Rita Süssmuth hat zwar abgesagt, aber an prominenten Namen fehlt es nicht: Uri Avneri, Antje Vollmer, Sonja Mikich, Rupert Neudeck und Horst Eberhard Richter werden an diesem Wochenende zum European Peace Congress nach Osnabrück kommen. Alle Veranstaltungen in der Stadthalle sind öffentlich. Der Eintritt ist frei.



MIT DABEI sind Antje Vollmer und Uri Avneri.

Aus Anlaß des Friedensjubiläums findet der Kriegsdienstverweigererkongreß mit Teilnehmern aus ganz Europa statt. Den Eröffnungsvortrag „Friedenspolitik ohne Militär" hält der Friedenspreisträger Uri Avneri aus Israel am Freitag um 14 Uhr. Moderiert von Friedrich Schorlemmer folgen Vorträge von Friedensfrauen aus Belgrad und Moskau sowie von Rae Mc Grath (Internationale Landminenkampagne).

Als besonderes Highlight kündigen die Veranstalter die „Gala Frieden" an, die am Freitag um 20 Uhr beginnt. Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer, die ARD-Korrespondentin Sonja Mikich, der frühere ÖTV-Chef Heinz Kluncker und andere sprechen über Frieden und Kriegsdienstverweigerung. Durchs Programm führt der ZDF-Moderator Roger Willemsen.

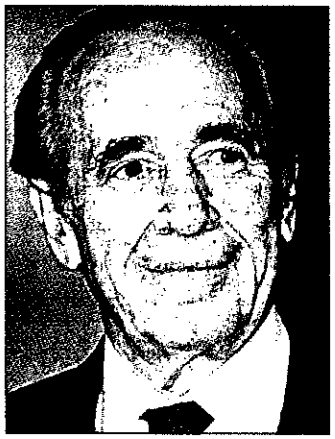
Am Samstag findet um 19.30 Uhr ein Streitgespräch zwischen Horst Eberhard Richter (Ärzte gegen Atomkrieg) und Oberstleutnant Roland Kästner (Führungsakademie der Bundeswehr) statt. Um pazifistische Handlungsperspektiven für das 21. Jahrhundert geht es in weiteren Vorträgen am Sonntag ab 11 Uhr. **(rll)**

NOZ, 29.5.98

„Krieg oder Frieden – das liegt in unseren Händen“

Friedensnobelpreisträger grüßen den Peace Congress

Friedensnobelpreisträger aus der ganzen Welt haben Grußbotschaften für den European Peace Congress nach Osnabrück geschickt. Unter ihnen sind Bischof Tutu, Shimon Peres und der Dalai-Lama.



FRIEDENSBOTSCHAFTEN für Osnabrück: Die Nobelpreisträger Desmond Tutu (links) und Shimon Peres. Fotos: imo/ZDF

Auf die Kriegsdienstverweigerung, das eigentliche Thema des Kongresses, gehen die Friedensnobelpreisträger nicht ein. Wohl aber auf das Jubiläum 350 Jahre Westfälischer Friede, aus dessen Anlaß die Tagung in Osnabrück stattfindet. So schreibt der Dalai-Lama in seiner Grußadresse: „Es ist eine traurige Tatsache, daß das gegenwärtige Jahrhundert gekennzeichnet ist durch Kriege und Blutvergießen. Da wir Menschen jedoch sehr viel von den schlechten Erfahrungen der Vergangenheit gelernt haben, vertraue ich darauf, daß im nächsten Jahrhundert Frieden und Harmonie vorherrschen werden.“ Zur Verantwortung des einzelnen vermerkt der Dalai-Lama: „Jeder von uns muß lernen, nicht nur für sich selbst, seine eigene Familie oder sein eigenes Land zu arbeiten, sondern für das Wohl der gesamten Menschheit.“

Der südafrikanische Bischof Desmond Tutu ruft das Friedensjubiläum in Erinnerung und stellt fest: „Es ist eine Tragödie des Lebens, daß Menschen oft ein kurzes Gedächtnis haben.“ Wie sonst sei es möglich, daß über Nacht die segensreichen Auswirkungen der Friedensverhandlungen vergessen werden könnten und einstige Nachbarn in blutigen Kämpfen übereinander herfielen? Tutu hebt zugleich hervor: „Die Wahl, in Frieden oder im Krieg zu leben, liegt in unseren Händen.“

Auf das Jubiläum geht auch der frühere israelische Außenminister Shimon Peres ein: „Bei dem Gedenken an die 350 Jahre nach der Unterzeichnung des Westfälischen Friedens werden alle Versammelten daran erinnert, daß auch die längsten und bittersten Konflikte durch friedliche Dialoge und Verhandlungen gelöst werden können.“ José Ramos-Horta, Nobelpreisträger aus Ost-Timor, setzt aktuelle Akzente: „Seit dem Ende des 2. Weltkrieges sind mehr als 20 Millionen Menschen in den Entwicklungsländern gestorben – eine Folge von Waffenverkäufen der reichen Nationen des Nordens an die weniger reichen Nationen des Südens.“

Weitere Friedensbotschaften haben die Friedensnobelpreisträger Jassir Arafat, Frederik de Klerk (Südafrika), Oscar Arias Sanchez (Costa Rica), die Internationale Minti-Minen-Kampagne und Amnesty International formuliert.

Der Kongreß beginnt heute um 14 Uhr in der Stadthalle. Um 20 Uhr findet die „Gala Frieden“ mit dem ZDF-Moderator Roger Willemsen statt. **(rll)**

NOZ, 30.5.98, Titelseite

Osnabrücker Friedenskongreß verurteilt Atomversuche

Der Europäische Friedenskongreß, der am Freitagnachmittag in Osnabrück begann, hat mit Empörung auf die Atomwaffenversuche in Pakistan und Indien reagiert. Bis Sonntag wollen 750 Pazifisten aus 30 Nationen in der Stadt des Westfälischen Friedens nach Wegen zu weltweiter Abrüstung suchen. Den Eröffnungsvortrag hielt der Träger des Aachener Friedenspreises Uri Avnery aus Israel (rechts), hier mit dem DDR-Bürgerrechtler und Wittenberger Pfarrer Friedrich Schorlemmer und der früheren schwedischen Abrüstungsministerin Maj Britt Theorin. (Berichte im Inneren der Ausgabe.) Foto: Westdörp

NOZ, 30.5.98, überregionaler Teil

„Friedensunterricht ist so wichtig wie Schreiben und Rechnen"

European Peace Congress will pazifistische Gruppen vernetzen

Von Rainer Lahmann-Lammert

Osnabrück (EB) Die Atomwaffenversuche in Indien und Pakistan überschatten den European Peace Congress, der gestern in Osnabrück begann. 750 Teilnehmer aus über 30 Ländern nehmen an dem Friedens- und Kriegsdienstverweigererkongreß teil. Am ersten Kongreßtag kamen der Schriftsteller Uri Avneri, die ehemalige schwedische Abrüstungsministerin Maj Britt Theorin und Stasa Zajovic von der Belgrader Gruppe „Frauen in Schwarz" zu Wort.

Prof. Dr. Mohssen Massarrat, der Initiator des Kongresses, bezeichnete die europäische Vernetzung der Friedensbewegung als wichtigstes Ziel der dreitägigen Zusammenkunft. In Europa setzten sich mehrere hundert Gruppen für die gewaltfreie Konfliktlösung ein. Das Friedensjubiläum in Osnabrück sei ein willkommener Anlaß, diese Gruppen zu vernetzen.

Auf eigenwillige Art griff der Bürgerrechtler Friedrich Schorlemmer als Moderator das Kongreßthema Pazifismus auf: Manchmal werde er gefragt, ob er noch immer nicht begriffen habe, daß es ohne Gewalt nicht gehe. Dann antworte er: „Habt ihr immer noch nicht begriffen, daß es mit Gewalt nicht geht?"

Der israelische Friedenspreisträger Uri Avneri setzte

„Habt ihr immer noch nicht begriffen?"

sich aber auch kritisch mit dem Pazifismus auseinander. Es sei schwer zu sagen, ob Kriegsdienstverweigerung immer der richtige Weg zum Frieden sei. Hitler habe nur durch Waffengewalt gestoppt werden können, jeder weitere Tag hätte noch mehr Menschen das Leben gekostet. Gewalt sei manchmal also unvermeidlich, meinte der 75jährige Schriftsteller. Verweigerung sei wichtig, aber noch wichtiger sei die Verhinderung.

Kriege müßten verhindert werden, lange bevor sie ausbrechen. Bei vielen Konflikten sei der Weg in die Katastrophe vorhersehbar. Das habe sich im ersten Weltkrieg ebenso wie im Jugoslawienkonflikt gezeigt. Als einen Sprengsatz bezeichnete Avneri den Siedlungsbau seiner Landsleute in den palästinensischen Gebieten. Auch hier sei die Eskalation vorgezeichnet. Deshalb müsse heute entschieden reagiert werden, zum Beispiel mit einem Boykott von Waren aus den Siedlungen.

„Friedens- und Konfliktlösungen sind im Schulunterricht ebenso wichtig wie das Schreiben und Rechnen", erklärte Maj Britt Theorin, die ehemalige schwedische Abrüstungsministerin und derzeitige Präsidentin des Internationalen Friedensbüros in Genf. Sie reagierte empört auf die Atomwaffenversuche in Indien und Pakistan. Vor den Kongreßteilnehmern setzte sie sich für einen realistischen Weg zu einer atomwaffenfreien Welt ein.

Beim Blick auf die Atomrüstung dürfe aber nicht vergessen werden, daß 95 Prozent der Getöteten in Kriegen Opfer der „kleinen Waffen" seien. Deshalb brauche die Welt einen internationalen Vertrag zur Ächtung der Landminen. Maj Britt Theorin sprach sich gegen die NATO-Osterweiterung aus, weil sie eine neue Trennung und ein neues Wettrüsten in Europa heraufzubeschwören drohe.

Wechselbad der Gefühle

Vom Protest gegen das serbische Regime berichtete Stasa Zajovic von der Belgrader Gruppe „Frauen in Schwarz". Sie machte deutlich, daß selbst die Aktivistinnen hin- und hergerissen seien: einerseits die patriotische Propaganda, auf der anderen Seite die Angst, daß ihre Söhne im Krieg verheizt werden. Im Wechselbad dieser Gefühle seien die Frauen Opfer und Heldinnen zugleich. Viele hielten ihre Söhne versteckt, und auf allen laste ein enormer Druck.

NOZ, 30.5.98, überregionaler Teil

IM GESPRÄCH: Sonja Mikich, Roger Willemsen, Heinz Kluncker und Rupert Neudeck (v. l.).
Foto: Münch

Kluncker „outet" sich

Prominenten-Talkrunde mit Roger Willemsen

Osnabrück (rll)
Wer hätte gedacht, daß der frühere OTV-Chef Heinz Kluncker ein Wehrmachtsdeserteur im zweiten Weltkrieg war?

In der „Gala Frieden 98" outete sich der 73jährige Gewerkschafter gegenüber ZDF-Moderator Roger Willemsen als Fahnenflüchtiger. Kluncker war 1944 bei der Landung der Alliierten in der Normandie als junger Soldat getürmt, weil er seiner Mutter versprochen hatte, niemals auf die Befreier Deutschlands oder Europas zu schießen. Kriegsdienstverweigerung ist ein zentrales Thema beim „European Peace Congess".

Bei der „Gala Frieden" am Freitagabend in der Stadthalle spannte Willemsen einen Bogen vom westfälischen Frieden vor 350 Jahren bis zur Geburt des Schriftstellers Erich Maria Remarque vor 100 Jahren und den Atomtests in Indien und Pakistan vor wenigen Tagen. Zu den prominenten Teilnehmern der Talkrunde gehörten auch die ARD-Korrespondentin Sonja Mikich und der Menschenrechtler Rupert Neudeck, der Begründer der Hilfsorganisation „Cap Anamur".

NOZ, 30.5.98 lokal

Pazifismus als Reizthema

Der Peace Congress und die Kosten

„Wer hier ist, muß sehr engagiert sein", erklärte Prof. Dr. Mohssen Massarrat im Hinblick auf die Kosten, die den Teilnehmern des Europäischen Friedens- und Kriegsdienstverweigerer-Kongresses entstehen. Jedenfalls denen aus Westeuropa. Für die Anreise der osteuropäischen Gäste haben die Veranstalter Sponsoren gefunden.

Um die Finanzierung des European Peace Congress hatte es im Vorfeld politische Kontroversen gegeben, weil sich die Stadt Osnabrück mit 250 000 DM an den Kosten beteiligt. Außerdem wurde den Veranstaltern eine Bürgschaft in Höhe von 100 000 DM zugesagt.

Der Initiator des European Peace Congress, Mohssen Massarrat, verteidigte die finanzielle Förderung. „Ich kann verstehen, daß nicht alle unser Anliegen teilen", erklärte er in der Pressekonferenz. Vor allem die Kongreßschwerpunkte Kriegsdienstverweigerung und Pazifismus seien für manche Menschen Reizthemen. Im Gegensatz zu anderen Veranstaltern im Friedensjahr hätten die Verantwortlichen des European Peace Congress aber nicht auf die Unterstützung des Fördervereins Westfälischer Friede bauen können. Massarrat erklärte, 250 000 DM seien die Untergrenze für einen Kongreß dieser Größenordnung.

Weitere Zuschüsse zum European Peace Congress leisten die Heinrich-Böll-Stiftung und mehrere private Spender, darunter ein ungenanntes Unternehmen, das für die Fahrtkosten osteuropäischer Teilnehmer aufkommt. Die Kongreßbesucher aus Westeuropa müssen ihre Reisekosten hingegen selbst tragen. Dazu kommen die Teilnehmerbeiträge von mindestens 80 DM.

Auch für die Referenten gibt es nicht die sonst üblichen Annehmlichkeiten. Sie bekämen keine Honorare, erklärte Massarrat, und sie müßten ihre Fahrt- und Übernachtungskosten selber zahlen. Aus diesem Grund hätten die Veranstalter auf einige klingende Namen verzichten müssen. **(rll)**

DURCH GEWALTFREIHEIT zum Frieden: Der Schriftsteller Uri Avneri mit seiner Ehefrau Rachel (links) im Gespräch mit dem Initiator des Friedenskongresses, Prof. Dr. Mohssen Massarrat und OberbürgermeisterHans-Jürgen Fip. Foto: Michael Münch

„Ein Terrorsystem wollte ich nicht verteidigen"

Gestern abend: „Gala Frieden" mit Roger Willemsen

Von Rainer Lahmann-Lammert

Als mächtiger ÖTV-Chef stand er jahrelang in der Öffentlichkeit, als Deserteur kannten ihn nur die wenigsten: Heinz Kluncker berichtete gestern abend in der Stadthalle, wie er 1944 als junger Wehrmachtssoldat getürmt war. Kriegsdienstverweigerung als Thema einer Galaveranstaltung: Dieser Spagat gelang gestern abend dem ZDF-Moderator Roger Willemsen beim European Peace Congress in der Osnabrücker Stadthalle.

„Dieses verdammte Terrorsystem wollte ich nicht verteidigen!" erklärte der inzwischen 73jährige Gewerkschafter vor den 1500 Zuhörern. Schon seine Mutter habe ihm eingeschärft: „Jung, du schießt nicht auf Menschen, die unser Land und Europa befreien wollen." Als junger Soldat erlebte Kluncker 1944 die Landung der alliierten Truppen in der Normandie. Und als der Nebel kam, machte er sich aus dem Staub. „Haben Sie denn eine Uniform getragen?" fragte Roger Willemsen gespannt. Die Antwort kam prompt: „Ich hatte nichts anderes, was sollte ich in der Unterhose?" Trotzdem sei ihm damals nichts geschehen.

Von der Normandie zum Tschetschenienkrieg: Vor den Besuchern des Friedenskongresses gab die ARD-Korrespondentin Sonja Mikich ihre Erfahrungen bei der Kriegsberichterstattung auf dem Kaukasus preis. Bei diesem Konflikt sei der Öffentlichkeit von Anfang an klar gewesen, daß es sich um einen ungerechten Krieg handle, wo die russische Militärmaschinerie gegen die Zivilbevölkerung aufmarschierte. Aber auch die Soldaten seien Opfer gewesen, weil man sie als Kanonenfutter verheizt habe.

Beifall bekam die Journalistin, als sie von ihrem Interview mit einem ehemaligen Leutnant der Nationalen Volksarmee erzählte, der den Tschtschenien-Feldzug vor laufender Kamera als „Völkermord" bezeichnet hatte. Es sei ihr klar gewesen, daß ihr Gesprächspartner dafür „eins auf die Mütze kriegen würde", und das sei anschließend auch geschehen. Aber der Fernsehbericht habe vielen die Augen geöffnet. Ob sie denn auch eins auf die Mütze bekommen habe, wollte Willemsen wissen. Na ja, nur gemäßigt, antwortete sie, weil damit doch vielen Weihnachtsstimmung verdorben worden sei.

Willemsen präsentierte in seiner Revue Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei und Spanien, stellte aber auch andere Beispiele zivilen Ungehorsams vor. Überraschungsgast der „Gala Frieden" war der Schweizer Christoph Meiler, der den Auftrag hatte, Unterlagen aus dem Zweiten Weltkrieg in den Reißwolf zu werfen. Er tat es nicht – und machte damit den Schweizer Nazigoldskandal bekannt. Mit dem Ergebnis, daß er seinen Job verlor und die Schweiz verlassen mußte. Aber Bill Clinton, so berichtete er, habe ihn aufgenommen: „Ich war der erste Schweizer Asylant in den Vereinigten Staaten!" erklärte Meili unter großem Beifall.

Nicht weniger kühn klangen die Ausführungen des Polizisten Roland Schlosser, der nicht hinnehmen wollte, daß ein Abschiebehäftling unter unwürdigen hygienischen Bedingungen ein langes Wochenende verbringen sollte. Er nahm ihn mit zu sich nach Hause und bekam dafür eine Menge Ärger.

Eine Richterin befand, Zivilcourage habe ihren Preis und verurteilte ihn wegen Gefangenenbefreiung zu einer Geldstrafe. „Schlosser bekannte jedoch: Ich bin mir keiner Schuld bewußt." (Siehe auch „Nordwest")

NOZ, 20.5.98 lokal

Die Pazifisten und der Dammbruch als Vergleich

Beim Kongreß wurde über Selbstverständnis diskutiert

Ist Pazifismus eigentlich noch zeitgemäß? Dieser Frage stellte sich der Psychoanalytiker Prof. Dr. Horst-Eberhard Richter beim Europäischen Friedens- und Kriegsdienstverweigererkongreß. Er verglich die Friedensbewegung mit einem Deich: Wenn der bei einer Überschwemmung breche, habe sich ja nicht sein Prinzip als falsch erwiesen. Es komme eben darauf an, höhere Deiche zu bauen.

In den Kriegen am Golf und auf dem Balkan sieht Richter zwar Niederlagen für die Friedensbewegung, weil die vorbeugende gewaltfreie Konfliktbearbeitung versagt habe. Aber solche Niederlagen bestätigten doch nur, daß friedensschützende Verhütungsanstrengungen verstärkt werden müßten. Keinesfalls sei damit das pazifistische Konzept widerlegt, wie es die Aufrüstungsbefürworter zur eigenen Rechtfertigung darzustellen versuchten, betonte der Psychoanalytiker aus Gießen in seinem Schlußvortrag.

Daß es aber noch immer einen so großen Rückhalt für das militärische Denken gibt, ist für Richter schlicht ein Zeichen von pubertärer Unreife. Der Mythos vom Heldsein bewege nicht nur männliche Jugendliche, sondern auch Scharen von Männern, „die nie ganz erwachsen geworden sind". Wo militärische Tugenden verherrlicht würden, geschehe dies im Grunde nur aus der Angst vor den eigenen Minderwertigkeitsgefühlen. Wer den Kriegsdienst als Erziehung zur wahren Männlichkeit ausgebe, klammere sich in Wahrheit an einen Zustand der Unreife.

Daß so viele junge Männer in Deutschland den Dienst an der Waffe verweigern, sahen viele Teilnehmer des European Peace Congress als Ermutigung. Prof. Andreas Buro vom Komitee für Grundrechte und Demokratie sprach von einem sozialen Lernprozeß, der auch eine Folge der beiden Kriege in diesem Jahrhundert sei. Niemand in Deutschland komme heute auf die Idee,

Richter: Zeichen pubertärer Unreife

Zollkonflikte mit Frankreich militärisch auszutragen. Aber noch immer bestehe ein sonderbares Vertrauen in die Gewalt.

Buro, der Pazifist, sollte sich ein Rededuell mit einem „eingefleischten Offizier" liefern. Doch weil sich kein waschechter Hardliner gefunden hatte, mußte Oberstleutnant Roland Kästner als „interessierter Staatsbürger" die Soldatenehre verteidigen. Kästner ar-

Bosnien-Einsatz als Argument

beitet derzeit noch in der Führungsakademie der Bundeswehr, wird aber im Juli eine neue Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen antreten.

Der Oberstleutnant verteidigte die Streitkräfte am Beispiel der Bosnien-Einsätze: Das Militär sei zwar selten in der Lage, Konflikte zu lösen, aber es gebe Fälle, in denen es hilfreich sei. Zum Beispiel, wenn es im ehemaligen Jugoslawien darauf ankomme, den Menschen Zeit zu geben, um das friedliche Miteinander wieder zu erlernen. Kästner betonte, daß sich Pazifisten und Militärs sinnvoll ergänzen könnten. Allerdings vermisse er in Deutschland eine fundierte Diskussion über die Grenzen von Interventionseinsätzen der Bundeswehr. **(rll)**

NOZ, 2.6.98

AUS PSYCHOLOGISCHER SICHT sprach Horst Eberhard Richter über militärisches Denken.
Foto: Michael Münch

AUS PAZIFISTISCHER SICHT: Andreas Buro vom Komitee für Grundrechte und Demokratie.

AUS MILITÄRISCHER SICHT: Oberstleutnant Roland Kästner von der Führungsakademie der Bundeswehr.

NOZ, 2.6.98

Peace Congress will Friedens-Uni in Osnabrück

Resolutionen zu Konfliktherden

Von Rainer Lahmann-Lammert

Der European Peace Congress tritt für die Gründung einer internationalen Friedensuniversität ein. In dieser Denkfabrik soll gelehrt werden, Konflikte zu entschärfen, bevor sie zum Krieg führen. Die Stadt Osnabrück bietet sich als Standort dafür an, hieß es in der Abschlußpressekonferenz. Zum Kongreß trafen sich am Pfingstwochenende 750 Teilnehmer aus über 30 Ländern in Osnabrück.

Für die Erziehung zum Krieg würden jedes Jahr weltweit mehrere Hundert Milliarden ausgegeben, erklärte der Initiator des Europäischen Friedens- und Kriegsdienstverweigererkongresses, Prof. Dr. Mohssen Massarrat. Es komme darauf an, diese Gelder umzuwidmen und in die Erziehung zum Frieden zu investieren. Vom Kongreß wurde die Stadt Osnabrück ermutigt, den ersten Schritt für die Gründung einer Friedensuniversität zu tun.

Zahlreichen Konflikten in der ganzen Welt widmete sich der Kongreß Resolutionen und Appellen. Verurteilt wurden die Atombombentests in Indien und Pakistan, die Kritik richtete sich aber auch an die anderen Atommächte, die nicht zur Abrüstung bereit seien. Russische Teilnehmer des Pfingststreffens initiierten eine Resolution zum Dagestan-Konflikt, der sich zu einem Krieg wie in Tschetschenien auszuweiten drohe. Dem russischen Präsidenten Boris Jelzin galt der Appell, das formal geltende Recht auf Kriegsdienstverweigerung mit einem Ausführungsgesetz in die Praxis umzusetzen. Noch immer würden Militärdienstverweigerer in Rußland als Straftäter behandelt, hieß es dazu. Aber auch andere Staaten der Erde hatten die Teilnehmer des Kongresses im Blick, als sie sich für ein Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerer einsetzten.

Weitere Initiativen setzten sich für die jährliche Schrumpfung der Rüstungsetats um fünf Prozent oder für die Schaffung eines Friedenssteuerfonds in Deutschland und Europa ein. Die Staatsbürger müßten selbst entscheiden, ob ihre Steuern in militärische Zwecke fließen dürfen.

Stein traf Auto

Urplötzlich schleuderte am Samstag um 15.30 Uhr ein bisher unbekannter Mann von der Bushaltestelle in Höhe des Kreiswehrersatzamtes (Meller Straße) einen faustgroßen Pflasterstein gegen ein stadtauswärts fahrendes Auto. Der Pkw wurde im Frontbereich getroffen und erheblich beschädigt. Bevor der Autofahrer reagieren konnte, flüchtet der Täter zu Fuß in Richtung Stadt. Er soll 50 Jahre alt und 1,80 Meter groß sein und trug dunkelblaue Jeans, ein blau-weißes Hawaiihemd und Turnschuhe. Der Mann hat einen Vollbart und besitzt dunkle Haare mit Stirnglatze. Hinweise erbittet die Polizei unter Tel. 327-215.

NOZ, 3.6.98

Osnabrück ideal für Friedens-Uni

Grüne: Stadt soll mit Land sprechen

Die Stadt sollte die Forderung nach einer Friedens-Universität in Osnabrück durch den European Peace-Kongress aufgreifen und entsprechende Gespräche mit der Landesregierung aufnehmen. Dies fordert für die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen deren friedenspolitische Sprecherin Lioba Meyer.

Das Friedensjahr 1998 und das besondere Engagement von Stadt, Bevölkerung und Universität seien hervorragende Voraussetzungen für die während des Kongresses erhobene Forderung nach Einrichtung einer Friedens-Universität in Osnabrück. „Die Neuorientierung der internationalen Friedenssicherung, die darauf abzielt, Konflikte frühzeitig zu erkennen und nicht-militärische Lösungsansätze zu verfolgen, ist angesichts der Kriege der letzten Jahre überfällig", stellt Lioba Meyer fest.

Hierfür fehlten ausgebildete Fachkräfte und Forschungsinstitute. Osnabrück sei wie keine andere Stadt Niedersachsens für ein solches Friedensforschungszentrum geeignet. Die Stadt verfüge über eine in der Bevölkerung verankerte Friedenskultur sowie Strukturen, die nahezu alle gesellschaftlichen Gruppen der Friedensförderung umfassen.

An der Universität bestünden zudem bereits verschiedene Forschungsschwerpunkte dieser Richtung. Damit die Idee „Friedens-Universität Osnabrück" realisiert werden könne, müßte unverzüglich eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden.

Freitag,
29. Mai 1998 ND

Was tun für den Frieden?

Prof. Dr. Mohssen Massarrat

Der Politikwissenschaftler ist Vorsitzender des internationalen Trägerkreises, der den Europäischen Friedenskongreß vom 29.-31. Mai in der Osnabrücker Stadthalle vorbereitet hat

Foto: privat

● *1648 wurde der Westfälische Frieden geschlossen, der den 30jährigen Krieg beendete. 350 später ein Europäischer Friedenskongreß in Osnabrück. Warum und wen wollen Sie damit erreichen?*

Einer der Ausgangspunkte ist, daß friedenspolitische Arbeit in den meisten europäischen Ländern zwar weitverzweigt, aber auf gesellschaftliche Nischen beschränkt ist. Bei aktuellen Krisen wie dem Bosnienkonflikt hat sich die Friedensbewegung handlungsunfähig gezeigt. 350 Jahre nach dem Westfälischen Frieden und am Ende dieses schrecklichen 20. Jahrhunderts steht aber die Abschaffung des Krieges als Mittel der Politik auf der Tagesordnung. Für die Friedensbewegungen heißt das, aus ihren Nischen herauszukommen und gemeinsam auf die vielen aktuellen Fragen Antworten zu finden. Dafür sollte auch die Europäisierung als Chance erkannt und genutzt werden. Mit dem Osnabrücker Kongreß soll so ein Nachdenken über gemeinsame Perspektiven in Gang gesetzt werden.

● *Mit wievielen Teilnehmern rechnen Sie denn und welche Länder werden vertreten sein?*

Ursprünglich hatten wir mit rund 400 Teilnehmern gerechnet – angemeldet haben sich bis heute aber über 600 Personen aus mehr als 30 europäischen Ländern. Ein gutes Drittel kommt aus Ost- und Westeuropa, insbesondere aus Rußland, Rumänien, den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens, viele aber auch aus den deutschen Nachbarstaaten Niederlande, Belgien sowie der Schweiz. Erwähnen möchte ich auch die Anmeldungen aus der Türkei und die außereuropäischen Teilnehmer aus den USA, Chile und Israel/Palästina.

● *Das Tagungsprogramm umfaßt praktisch alle friedensrelevanten Themen. Welche Schwerpunkte zeichnen sich Ihrer Meinung nach ab?*

Der Kongreß hat drei thematische Schwerpunkte: »Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht«, »Solidarität mit Kriegsflüchtlingen und Deserteuren in den Aufnahmeländern« und »Pazifistische Handlungsperspektiven«. Für den zuletzt genannten Bereich haben sich über die Hälfte der Teilnehmer angemeldet, was ich als Beleg für die Dringlichkeit dieses Themas interpretiere. Als wichtig und ermutigend empfinde ich es auch, daß man viele Teilnehmer von ihrer Organisationsherkunft her als Multiplikatoren ansehen darf.

● *Wird es Initiativen geben, die das Anliegen des Kongresses später weiterführen?*

Erfreulicherweise haben sich bereits im Vorfeld zahlreiche Einzelpersonen und Friedensorganisationen an der inhaltlichen Vorbereitung des Kongresses beteiligt. Wir hatten dazu mehrere Treffen im In- und Ausland angeboten. Herausgekommen ist dabei neben anderen Positionspapieren z. B. das Memorandum »Friedenspolitik ohne Militär«, das weit über den Kongreß hinausweist und schon jetzt in sechs verschiedenen Sprachen in zahlreichen Ländern zirkuliert. Was direkt weiterführende Initiativen angeht, so hoffe ich, daß der Kongreß auch eine gemeinsame europäische Kampagne anstoßen wird, die für die politische Handlungsfähigkeit der Friedensbewegung von großer Bedeutung wäre.

Fragen: Tobias Damjanov

2.6.98

Friedenskongreß

Die Heuchelei der Atommächte

Forderung nach »Friedenspolitik ohne Militär«

Aus Osnabrück berichtet
Tobias Damjanov

Etwa 1000 Friedensbewegte und Kriegsdienstverweigerer aus 35 Ländern trafen sich zu Pfingsten in Osnabrück zum »European Peace Congress«.

Die Konferenz, die anläßlich des 350. Jahrestages des Westfälischen Friedens mit Unterstützung der Stadt Osnabrück organisiert worden war, führte zum ersten Mal seit Jahren wieder europäische Friedensbewegungen zu einer Strategiedebatte zusammen. Deren Ziel war es, ihr Engagement für das »Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung« und ihren Widerstand gegen Militarismus und Atomwaffen abzustimmen sowie gemeinsame »pazifistische Handlungsperspektiven« zu entwerfen.

Ohne ideologische Grabenkämpfe

»Wir brauchen eine neue Form der Sicherheitspolitik, um militärische Konflikte zu verhindern und unseren Bürgern Sicherheit zu geben«, hob die schwedische Europaabgeordnete Maj-Britt Theorin, ehemalige Abrüstungsministerin ihres Landes und Präsidentin des Internationalen Friedensbüros, zur Eröffnung hervor. Sie steckte damit den Rahmen für 18 Arbeitsgruppen ab, die sich so unterschiedlichen Themen wie der Asyl- und Deserteursproblematik, der Steuerverweigerung, der Einrichtung einer internationalen Friedensuniversität, aber auch dem internationalen Waffenhandel, dem Landminenverbot, dem drohenden atomaren Rüstungswettlauf in Asien und der Mitverantwortung der bisherigen Nuklearwaffenmächte widmeten.

Ein ähnlich vielschichtiges Bild boten auch die Teilnehmer: Neben Vertretern etablierter Friedensorganisationen aus Deutschland und Westeuropa, Prominenten wie dem israelischen Publizisten Uri Avnery und der palästinensischen Friedensaktivistin Sumaya Farhat-Naser prägten insbesondere Kriegsdienstverweigerer, Deserteure und Kriegsopfer aus den Gebieten des ehemaligen Jugoslawiens und der früheren Sowjetunion, aus der Türkei und Kurdistan die Konferenz. Die damit einhergehende Bandbreite politischer Überzeugungen schlug sich überraschenderweise jedoch nicht in ideologischen Grabenkämpfen nieder, wie man sie von den europäischen Zusammenkünften noch zu Beginn der 90er Jahre kannte. Vielmehr machte sich der Kongreß pragmatische, aktionsorientierte Forderungen zu eigen. Eine fast schon unübersehbare Vielzahl von Resolutionen und Erklärungen wurde erarbeitet. Von besonders aktueller Bedeutung waren die Forderung nach einem »sofortigen Abschiebestopp für Asylbewerber, Deserteure und Kriegsflüchtlinge« aus Kosovo sowie eine Resolution zur Abschaffung der Atomwaffen, in der den bisherigen fünf Nuklearmächten »Heuchelei« in bezug auf ihre Haltung zu den indischen und pakistanischen Atomtests vorgeworfen wurde. Sie und ihre Verbündeten hätten die zwei asiatischen Länder durch Technologie- und Rüstungstransfers erst dazu in die Lage versetzt, »dem Atomclub beizutreten«. Gefordert wurden von den Großmächten »nichtatomare Sicherheitsgarantien« für den indischen Subkontinent, um die »explosive Situation unverzüglich zu deeskalieren«, und sofortige Verhandlungen in einem Ad-hoc-Ausschuß der UN-Abrüstungskonferenz für atomare Abrüstung. Außerdem sollten die Atommächte jetzt ein »gutes Beispiel zur Nichtweiterverbreitung« setzen, indem sie den Alarmzustand ihrer nuklearen Waffensysteme aufheben und gemeinsam eine Erklärung zum Nicht-Ersteinsatz verabschieden.

Auch Krisenherde und Menschenrechtsverletzungen, denen weniger öffentliche Aufmerksamkeit zuteil wird, blieben nicht unerwähnt: So verurteilten die Teilnehmer einmütig Zwangsrekrutierungen in einer Reihe osteuropäischer Länder und den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung in der Türkei. Sie warnten überdies vor einer Explosion in der kaukasischen Republik Dagestan. Angeregt wurden weiterführende Projekte, darunter die Arbeit an einem Schwarzbuch zu Menschenrechtsverletzungen in europäischen Streitkräften und eine gemeinsame Protestaktion kurdischer und türkischer Kriegsdienstverweigerer vor dem Europäischen Parlament.

Verteidigungsetat um fünf Prozent kürzen!

Der Sozialwissenschaftler Mohssen Massarrat, Vorsitzender des Kongreß-Trägervereins, stellte eine Kampagne zur Kürzung des Verteidigungsetats in Deutschland um fünf Prozent vor. Das eingesparte Geld solle in Friedensprojekte investiert werden. Auch das Grundlagenmemorandum »Für eine Friedenspolitik ohne Militär«, das während der dreijährigen Vorbereitung europaweit erarbeitet und dem »European Peace Congress« vorgelegt wurde, soll die Weiterführung des Konferenzanliegens fördern.

Hannoversche Allgemeine Zeitung
30.5.96

Friedenskongreß in Osnabrück

Osnabrück (hn/epd). Das Friedensabkommen in Nordirland, die Lage im ehemaligen Jugoslawien und das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung sind die Hauptthemen des dreitägigen Europäischen Friedenskongresses in Osnabrück, der am Freitag eröffnet wurde. Vor rund 700 Teilnehmern aus 36 Ländern sprachen unter anderem der israelische Publizist Uri Avnery und der evangelische Theologe Friedrich Schorlemmer.

Ziel des Kongresses sei es, die Kräfte der europäischen Friedensbewegung zu bündeln und zu einem schlagkräftigen Verbund zu vereinen, sagte Organisator Mohssen Massarat, Professor für Politikwissenschaften an der Universität Osnabrück. Die Stadt sei als Tagungsort gewählt worden, weil hier vor 350 Jahren der Westfälische Friede geschlossen wurde.

Obwohl es seit den achtziger Jahren keine einheitliche Friedensbewegung mehr gebe, existierten allein in Deutschland mehr als 50 Organisationen.

Mehrere Friedensnobelpreisträger übersandten Grußbotschaften, darunter der Dalai Lama, Yassir Arafat, Schimon Peres sowie Frederic de Klerk und Bischof Desmond Tutu aus Südafrika. Die Tagung geht am Sonntag in Osnabrück zu Ende.

Münstersche Zeitung 2.6.98

Friedenskongreß zuende

Kritik an Atomtests

Osnabrück (dpa) - Mit einer Resolution gegen die Atomwaffentests von Indien und Pakistan ist am Sonntag der dreitägige „Europäische Friedens-Kongreß '98" in Osnabrück zu Ende gegangen. In der an alle Atommächte gerichteten Protestnote äußerten rund 1000 Kongreßteilnehmer aus über 30 Ländern ihre Befürchtung, die jüngsten Atomversuche könnten ein neues weltweites Wettrüsten auslösen. Die Pazifisten forderten außerdem den russischen Präsidenten Boris Jelzin auf, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in seinem Land durchzusetzen. Der Kongreß blieb jedoch uneinig, ob der Dienst an der Waffe in jedem Fall oder nur unter extremen Umständen verweigert werden solle. Rund 100 Organisationen der Friedensbewegung beteiligten sich an dem Treffen am Pfingstwochenende.

Süddeutsche Zeitung 2.6.98

Friedenskongreß richtet Protest gegen Atomtests

Osnabrück (dpa/epd) – Mit einer Resolution gegen die Atomwaffentests von Indien und Pakistan ist in Osnabrück der dreitägige „Europäische Friedens-Kongreß '98" zu Ende gegangen. In der an alle Atommächte gerichteten Protestnote äußerten rund 1000 Kongreßteilnehmer aus über 30 Ländern ihre Befürchtung, die jüngsten Atomversuche könnten ein neues weltweites Wettrüsten auslösen. Indien und Pakistan folgten „offenbar dem historischen Beispiel nuklearer Abschreckung zwischen Ost und West". Teilnehmer des Kongresses stellten eine Kampagne zur Kürzung des Verteidigungsetats in Deutschland um fünf Prozent vor. Das eingesparte Geld soll nach diesen Plänen in Friedensprojekte investiert werden.

Weser-Kurier (Bremen) Dienstag, 2. Juni 1998 · Nr. 125

Protestnote an Atommächte

Kongreß in Osnabrück / „Recht auf Kriegsdienstverweigerung"

Osnabrück. Mit einer Resolution gegen die Atomwaffentests von Indien und Pakistan ist gestern der dreitägige „Europäische Friedens-Kongreß '98" in Osnabrück zu Ende gegangen. In der an alle Atommächte gerichteten Protestnote äußerten rund 1000 Kongreßteilnehmer ihre Befürchtung, die jüngsten Atomversuche könnten ein neues weltweites Wettrüsten auslösen.

Die Pazifisten forderten außerdem den russischen Präsidenten Boris Jelzin auf, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in seinem Land durchzusetzen. Der Kongreß blieb jedoch uneinig, ob der Dienst an der Waffe in jedem Fall oder nur unter extremen Umständen verweigert werden solle. Friedenspreisträger Uri Avnery aus Israel hatte angemahnt, diese Gewissensentscheidung jedem Einzelnen zu überlassen. Er war daraufhin von Teilnehmern kritisiert worden: Waffengewalt dürfe niemals ein Mittel zur Konfliktlösung sein. Neben den Krisenherden Kurdistan und Kosovo war „Frieden ohne Militär" das zentrale Kongreßthema.

taz die tageszeitung 2.6.98

Weiterkämpfen mit den Waffen des Friedens

■ Bei einem Kongreß in Osnabrück hat sich die europäische Friedensbewegung wieder zusammengerauft. Resolution gegen Atomtests in Indien und Pakistan verabschiedet

Osnabrück (taz) – Eine Szene der Eröffnungsveranstaltung hat sich eingeprägt: Da steht Uri Avnery am Rednerpult und spricht über Friedenspolitik. Plötzlich unterbricht ihn ein Aufschrei aus der vierten Reihe. „Nein", ruft ein alter Mann aufgebracht, „falsche Ratio: hack deine Hand ab, aber verweigere!"

750 Augenpaare richten sich auf den Zwischenrufer und dann wieder auf Uri Avnery. Der israelische Friedenspreisträger hatte soeben erläutert, welche Gründe unter Umständen für den Kriegsdienst sprechen könnten. Jetzt ist er sichtlich irritiert, ja, getroffen von der Heftigkeit in der Stimme des Zwischenrufers. Eine Pause entsteht. „Ich verstehe Sie", sagt Uri Avnery dann ernst, und „lassen Sie uns diesen Pathos als Grundlage für unseren Kongreß nehmen."

Das ist der Europäische Friedenskongreß zu Pfingsten in Osnabrück. Anlaß ist der 350. Jahrestag des Westfälischen Friedens, der in Osnabrück das Ende des Dreißigjährigen Krieges besiegelte und damit einen Grundstein für den modernen Pazifismus legte. Anlaß ist auch die Tatsache, daß es im ausgehenden 20. Jahrhundert noch immer 40 Kriege auf der Welt gibt und Friedensbewegte in aller Herren Länder nach wie vor an eine Welt ohne Krieg und Militarismus glauben. Also haben sich 750 Menschen aus 30 europäischen Staaten in Osnabrück versammelt, um zu demonstrieren, daß die Friedensbewegung noch am Leben ist.

Groß in Erscheinung getreten ist die Friedensbewegung zuletzt bei den Demonstrationen gegen den Golfkrieg. Das war Anfang der 90er Jahre. Seither habe man sich in gesellschaftliche Nischen zurückgezogen, sagt der friedensbewegte Professor Mohssen Masserrat aus Osnabrück. Auf dem Friedenskongreß wolle man die Kräfte der 47 vertretenen Organisationen bündeln, um der Friedensbewegung wieder politisches Gewicht zu verschaffen.

„Wir wissen doch, was passieren wird, und sind machtlos, es zu verhindern"

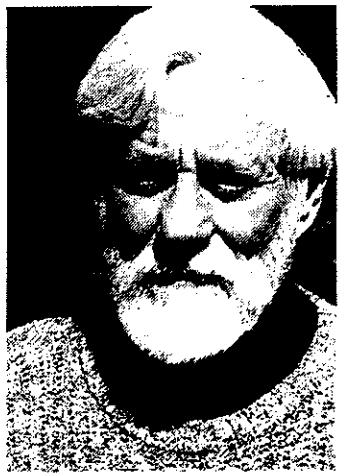
An diesem Pfingstwochenende finden die Friedensbewegten tatsächlich zusammen. An allen Ekken und Enden wird diskutiert, über Kriegsdienstverweigerung, Abrüstung und zivile Konfliktlösung. Den aktuellen Anlaß liefern die Atomtests in Indien und Pakistan, die von den Kongreßteilnehmern einhellig verurteilt werden. Ihre Resolution gegen Atomtests richtet sich zum Abschluß des Kongresses an alle Atommächte.

Die Friedensbewe g lebt also, scheint aber realistischer geworden zu sein. Allen voran der 75jährige Uri Avnery, der Kriegsdienst in seiner Eröffnungsrede als Gewissensentscheidung eines jeden einzelnen bezeichnet. „Warum war die Welt so überrascht?" sagt er zum Balkankrieg und angesichts des sich anbahnenden Bürgerkriegs im Kosovo: „Wir wissen doch, was passieren wird, und sind machtlos, es zu verhindern." Waffengewalt sei unvermeidlich, wenn die Weisheit der Friedenskämpfer versage – Uri Avnerys Botschaft erntet bei der Mehrzahl der Kongreßteilnehmer Applaus. Sein Plädoyer für zivile Methoden der Konfliktlösung zieht sich alsdann wie ein roter Faden durch den Kongreß.

An dem Faden strickt auch der 33jährige Student Denis Dressel mit. Er ist aus Berlin angereist, vor allem, um den Friedensforscher Johan Galtung endlich mal persönlich zu erleben. Galtung hat aber kurzfristig abgesagt, und Denis ist ein bißchen enttäuscht. „Das ist kein Arbeitskongreß, man kommt hier nicht richtig zum Diskutieren", sagt er, eben aus einer Arbeitsgruppe kommend, wo sich 50 Leute mit ziviler Konfliktbearbeitung auseinandersetzen sollten.

Im März ist Denis aus Südafrika zurückgekehrt. Ein halbes Jahr hat er dort bei einem Studienprojekt des „Centre for Conflict Resolution" in Kapstadt mitgearbeitet. Die Methode „Mediation", also konstruktive Vermittlung zwischen zwei Konfliktparteien, habe dort im Vordergrund gestanden. „Das hat wirklich funktioniert", sagt Denis. Mediation, so meint er, sei eine Lösungsalternative für viele Konfliktarten und müsse deshalb gesetzlich vorgeschrieben sein.

Damit spricht er den Veranstaltern des Friedenskongresses aus der Seele, nicht zuletzt Mohssen Masserrat, der zur Repolitisierung der Friedensbewegung schon praktische Handlungsvorschläge in der Tasche hat. In Osnabrück will er die Militärgarnison der Engländer in eine internationale Friedensuniversität verwandeln. Und als Pendant zum UN-Sicherheitsrat soll ein ziviler UN-Friedensrat gegründet werden. Nach dem Motto „Gemeinsam sind wir stark" schl er den Kongreßteilnehmern gemeinsame Kampagnen vor, zum Recht auf Verweigerung der Rüstungssteuer oder zum Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung.



Uri Avnery *Foto: Archiv*

Auf gegenseitige Unterstützung der Friedensbewegten baut auch Uri Avnery – und auf einen leidenschaftlichen Kampf „mit den Waffen des Friedens". Seine Eröffnungsansprache mündet denn auch in einen leidenschaftlichen Aufruf an die Kongreßteilnehmer, sich mit den Friedensbewegten in Israel zu solidarisieren. „Wenn Tausende nach Jerusalem kommen und gegen die israelische Siedlungspolitik demonstrieren, können wir etwas erreichen – Verweigerung ist gut, Verhinderung ist besser." Am Ende hat er auch den Zwischenrufer auf seiner Seite: Der alte Mann aus der vierten Reihe applaudiert.

Heike Spannagel

epd - Wochenspiegel, 4.6.98

„Verteidigungsetat kürzen"

Europäischer Friedenskongreß 1998

Osnabrück (epd). Teilnehmer des Europäischen Friedenskongresses 1998 in Osnabrück haben eine Kampagne zur Kürzung des Verteidigungsetats in Deutschland um fünf Prozent vorgestellt. Das eingesparte Geld solle in Friedensprojekte investiert werden, erklärte der Sozialwissenschaftler und Vorsitzende des Kongreß-Trägervereins, Mohssen Massarrat, am 31. Mai zum Abschluß des dreitägigen Kongresses vor Journalisten. Weltweit würden viele Milliarden Mark für die „Erziehung zum Krieg" ausgegeben. Für die Erziehung zum Frieden fehlten jedoch die Mittel, beklagte er und schlug gleichzeitig die Gründung einer Friedensuniversität vor. Die mehr als 1 000 Kongreßteilnehmer forderten weiter ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung in ganz Europa.

Der Trägerkreis Europäischer Friedens- und Kriegsdienstverweigerer hatte den „European Peace Congress '98" aus Anlaß der 350-Jahr-Feier des Westfälischen Friedens in Osnabrück veranstaltet. Unter den Teilnehmern waren der israelische Publizist Uri Avnery von der israelischen Friedensbewegung sowie die palästinensische Friedensaktivistin Sumaya Farhat-Naser.

Kirchenbote Wochenzeitschrift für das Bistum Osnabrück 7.6.98

Pazifismus als Modell für das 21. Jahrhundert

Europäischer Friedenskongreß in Osnabrück

Osnabrück – Für Friedrich Schorlemmer war es „ein guter Ort und ein guter Tag". Daß der „European Peace Congresss" ausgerechnet an Pfingsten, „wo die Leute ein bißchen trunken waren und sich verstanden haben", und in Osnabrück, der Stadt des Westfälischen Friedens, stattfand, wertete der Wittenberger Pfarrer als positives Zeichen. Er forderte die Kongreßteilnehmer bei der Eröffnungsveranstaltung deshalb auf, in einem Geist zu tagen, „der von 1648 herüberstrahlt".

1000 Teilnehmer aus über 30 Nationen trafen sich zum europäischen Friedens- und Kriegsdienstverweigerer-Kongreß in der Osnabrücker Stadthalle. Im Mittelpunkt stand die Wiederbelebung der Friedensbewegung. Am Vorabend des 21. Jahrhunderts sei eine Friedenspolitik ohne Militär kein Konzept von gestern, sondern für die Zukunft, erklärte der Vorsitzende des Träger-Kongreßvereins, Mohssen Massarrat, in seiner Eröffnungsrede. Massarrat forderte zu einer verstärkten Zusammenarbeit der vielen hundert Friedensorganisationen in Europa auf.

Horst Eberhard Richter, Psychoanalytiker und langjähriger geistiger Inspirator der Friedensbewegung, brachte die Einstellung vieler Teilnehmer des Kongresses auf den Punkt: Natürlich seien die Kriege am Golf und auf dem Balkan Niederlagen für die Friedensbewegung gewesen, so Richter, „aber solche Niederlagen besagen doch nur, daß friedensschützende Verhütungsanstrengungen verstärkt werden müssen, nicht etwa, daß das pazifistische Konzept widerlegt wäre". Gerade heute, da der Wind der Friedensbewegung ins Gesicht blase, müsse die Erziehung und Selbsterziehung zur Widerstandsfähigkeit verstärkt werden. Pazifismus müsse sich allerdings mit gesellschaftspolitischem Engagement verbinden, wenn er nicht zu einer unverbindlichen Utopie werden wolle, mahnte Richter.

Zu den Atombombentests von Indien und Pakistan verabschiedete der Kongreß eine Resolution, in der er auch alle anderen Atomwaffenbesitzer verurteilt. In Sachen Kosovo-Konflikt rief der Kongreß die Verantwortlichen auf, alles zu versuchen, um eine friedliche Lösung zu erreichen. Zugleich wurde ein Abschiebestopp für Flüchtlinge aus dem Kosovo gefordert.

Die Organisatoren zeigten sich am Ende zufrieden. Positiv fiel auch die Bewertung durch die Vertreter christlicher Gruppen aus, die wie Pax Christi teilweise zu den Trägerorganisationen der Veranstaltung gehörten. Friedrich Schorlemmer bezeichnete schon den Ansatzpunkt des Kongresses im Gespräch mit unserer Zeitung als „christlich". Schließlich sei das Neue Testament eine Friedensbotschaft, so Schorlemmer. „Christlich gesprochen, ist der Friede eine Gabe, aus der eine Aufgabe erwächst", betonte der Publizist, „und nur die können Zeugen des Friedens sein, die selber etwas für ihn tun". Als Erfolg wertete auch Klaus Jacobs von der Pax-Christi-Basisgruppe Osnabrück den Kongreß. Pax Christi Osnabrück habe schon im Vorfeld alles getan, damit die Konferenz von Inhalten und nicht von Folklore bestimmt worden sei, so Jacobs. Insgesamt habe man feststellen können, daß Pax Christi eine im Vergleich zu anderen Friedensorganisationen eher „konservative" Gruppierung sei, die sich nach harten internen Diskussionen über den Konflikt in Bosnien von rein pazifistischen Positionen entfernt habe. ***Gerd Felder***

Frankfurter Rundschau 2.6.98

Die künftige Bonner Regierung soll „Fünf für Frieden" geben

Kongreß in Osnabrück forderte mehr Geld für zivile Strategien der Konfliktvermeidung und ein Asylrecht für Deserteure

Von Matthias Kittmann (Osnabrück)

Die Friedensbewegung hat sich zurückgemeldet. Der „Europäische Friedenskongreß Osnabrück 98" mit mehr als 1000 Teilnehmern aus 30 Ländern diskutierte am Pfingstwochenende über zivile Friedenssicherung und verabschiedete entsprechende Forderungen.

„Fünf für Frieden", forderte der Kongreß von der künftigen Bundesregierung. Die Idee: Jedes Jahr sollen fünf Prozent des Verteidigungshaushaltes abgezweigt und zivilen Projekten der Konversion und Konfliktvermeidung zur Verfügung gestellt werden. Damit solle eine wirksame Strategie der Friedenssicherung und Konfliktvermeidung etabliert werden. Für die Erziehung zum Frieden fehlten die Mittel, während weltweit viele Milliarden Mark für die „Erziehung zum Krieg" ausgegeben würden, sagte der Vorsitzende des Kongreß-Trägervereins, der Sozialwissenschaftler Mohssen Massarrat.

Mit einem Beispiel verdeutlichten die Initiatoren des Kongresses die derzeitige Gewichtung: Eine einzige Nato-Tagung koste rund acht Millionen Mark — soviel, wie der jährliche Beitrag der Bundesregierung an die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) betrage.

Die Kongreß-Initiatoren wollen eine Gesetzesinitiative auf den Weg bringen, die den Bürgern die Wahl eröffnet: Sie sollen entscheiden können, ob sie ihren bisherigen Steueranteil für den Militärhaushalt lieber den zivilen Projekten der Abrüstung und Konfliktvermeidung zur Verfügung stellen wollen. Solche Projekte von nichtstaatlichen Organisationen gibt es längst, etwa den Zivilen Friedensdienst. Ihnen fehlt es zum einen oft am nötigen Geld, zum anderen würden diese Initiativen lediglich als „Putzkolonne" mißbraucht, wenn die militärischen „Friedenssicherer" abgezogen seien.

„Die zivilen Friedensdienste dürfen keine Hilfstruppen des Militärs sein", formulierte Renate Schoch von der Schweizer Initiative „Gesellschaft ohne Armee" in ihren Thesen zur „Rückeroberung politischer Handlungsspielräume". Statt dessen müsse mit „dem Mythos aufgeräumt werden, daß ausgerechnet Militär humanitäre Einsätze leisten kann". Den Regierungen müsse das Recht abgesprochen werden, zu behaupten, daß Militär ein Instrument der Friedenssicherung sei, sagte Mohssen Massarrat in seinem Schlußwort.

Die ausländischen Gäste des Kongresses verhinderten eine bundesdeutsche Nabelschau und zeigten Perspektiven auf — etwa die St. Petersburger Soldatenmütter in Rußland, denen es zunehmend gelingt, militaristisches Denken in Frage zu stellen, die Belgrader „Frauen in Schwarz" oder türkische und kurdische Kriegsdienstverweigerer, die trotz hoher Haftstrafen öffentlich ihre Verweigerung erklären. „Bei uns kam der Frieden nicht durch das Militär, sondern von den Leuten, die die Gewalt leid waren", sagte Anne Cummings aus Nordirland. „Wir brauchen eine Kultur, die nicht Gewalt verherrlicht, sondern den gegenseitigen Respekt zum Thema hat."

Der Friedenskongreß forderte ein uneingeschränktes Asylrecht für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer in Deutschland, denen in ihren Herkunftsländern Erniedrigung, Folter oder Tod drohen. Bislang ist nicht einmal die Flucht vor dem Einsatz in völkerrechtswidrigen Kriegen ein Asylgrund.

Horst-Eberhard Richter, Vordenker der Friedensbewegung, zitierte Albert Einstein: „Das bloße Lob des Friedens ist wirkungslos" — wenn aus dem Lob keine Strategien entstehen.